

Positionspapier des Bündnisses „Raus aus der Steinkohle“

„Von München soll kein Schaden ausgehen!“ – Stadtratsbeschluss von 1998



Positionspapier des Bündnisses „Raus aus der Steinkohle“

„Von München soll kein Schaden ausgehen!“ – Stadtratsbeschluss von 1998

Wir fordern die Stadtregierung auf, den Bürgerentscheid „Raus aus der Steinkohle“ umzusetzen – so wie es der von den Bürgerinnen und Bürgern Münchens herbeigeführte Beschluss verlangt. Die Stadtregierung hat seit dem erfolgreichen Bürgerentscheid vom 5. November 2017 keine geeigneten Maßnahmen ergriffen, um das Kohlekraftwerks bis spätestens 2022 außer Betrieb zu nehmen. Es liegt zum aktuellen Zeitpunkt kein Umsetzungsplan vor.

Viele Städte haben bereits den Klimanotstand ausgerufen, weil die Klimakrise nun auch in Deutschland verheerende Auswirkungen hat. Seit Beginn der Temperaturmessungen hat die Hitze erstmals Höchstwerte von 40 Grad im Monat Juni erreicht. Hitzebedingte Todesfälle, Waldbrände und Ernteaufschläge sind die Folge. Wir erwarten von Oberbürgermeister Dieter Reiter und dem Stadtrat, diesen Umständen entsprechend angemessen zu handeln, um die Münchner Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu schützen und für Klimagerechtigkeit zu sorgen.

Die Stadt München hat das Ziel der Halbierung ihrer CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bereits um sage und schreibe 20 Jahre [von ursprünglich 2010 auf 2030 verschoben](#)ⁱ. Dieses Ziel wird auch bis dahin nur erreicht, wenn die Stadt zügig effektive Klimaschutzmaßnahmen umsetzt. Die wirksamste dieser Maßnahmen ist der von den Münchner Bürgerinnen und Bürgern beschlossene Abschied von der Strom- und Wärmeerzeugung mit Kohle.

Folgende Schritte sind dafür notwendig:

1) Das Kohlekraftwerk (Heizkraftwerk Nord Block 2) wird bis Ende 2022 außer Betrieb genommen.

Die Fernwärmeversorgung wird durch Geothermie sowie durch die stärkere Auslastung der bestehenden Gaskraft- und -heizwerke bereitgestellt. Das Kohlekraftwerk kann als Notheizkessel (Kaltreserve) vorgehalten werden, um die Wärmeversorgung der Stadt abzusichern.

2) Die Kohleverbrennung wird ab sofort reduziert.

Die Stadtwerke München (SWM) haben im Jahr 2018 bereits [lediglich 580.000 Tonnen](#)ⁱⁱ Steinkohle statt ursprünglich 800.000 Tonnen verbrannt. Technisch möglich ist aber eine noch wesentlich weitergehende Reduktion. Denkbar wäre beispielsweise, den Kohle-Block ab sofort nur noch in den drei kältesten Wintermonaten in Betrieb zu halten.

3) Der Kohlekauf erfolgt transparent zu sozial und ökologisch vertretbaren Bedingungen.

Der Kohlebezug erfolgt keinesfalls aus Herkunftsquellen, in denen der Abbau mit Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen einhergeht, wie das aktuell in Russland der Fall ist. Die SWM sollen offenlegen, von welchen Lieferanten sie Steinkohle beziehen und transparent machen, wie sie prüfen, ob ihre Kohlebezüge negative Auswirkungen auf Mensch und Natur haben (due diligence). Die UN Guiding Principles on Business and Human Rights verlangen, dass Unternehmen alles tun, um diese Auswirkungen zu minimieren.

4) Der Ausbau der Geothermie sowie anderer regenerativer Energiequellen wird beschleunigt.

Das Potenzial erneuerbarer Wärmeerzeugung, beispielsweise basierend auf der Nutzung von Solarthermie und Industrieabwärme, wird aktuell wenig bis gar nicht ausgeschöpft. Hier sind massive Anstrengungen notwendig. Zudem muss die dezentrale Wärmeerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien sowie die Einspeisung erneuerbarer Wärme durch Dritte in das Fernwärmenetz erleichtert werden. Die Stadtwerke München müssen die Rahmenbedingungen für die Einspeisung durch Dritte transparent machen.

5) Die Modernisierung des Fernwärmenetzes (Dampfnetzumstellung) wird gegenüber den aktuellen Planungen massiv beschleunigt.

Der Kohleausstieg wird mit dem Ziel verknüpft, den Umstieg auf grüne Fernwärme zu schaffen anstatt neue Kapazitäten auf Basis fossiler Energien aufzubauen. Für die vermehrte Einspeisung erneuerbarer Energiequellen ist die sofortige Wiederaufnahme und Beschleunigung der Umstellung des Dampfnetzes auf Heißwasser Voraussetzung. Die Stadt macht dazu eine Aufklärungskampagne, mit der die Bevölkerung über die notwendigen Baumaßnahmen und deren klimapolitische Notwendigkeit informiert wird. Die Dampfnetzumstellung muss 2025 abgeschlossen sein.

6) Der Energieverbrauch von Gebäuden wird reduziert.

Die Gebäudesanierung zur Reduzierung des Wärmebedarfs wird massiv beschleunigt. Die Reduzierung des Wärmebedarfs ist die Voraussetzung für eine zügige Wärmewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien. Sowohl die Umsetzungsrate, d.h. Gebäudesanierungen pro Jahr, als auch die Sanierungstiefe, d.h. besserer Wärmeschutz, werden deutlich erhöht.

7) Es werden ab sofort maximale Anstrengungen unternommen, um die „Fernwärmevision 2040“ vorzuziehen.

Die SWM planen bisher, die Fernwärme erst bis 2040 komplett aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dies ist aber den Anforderungen des Pariser Klimaabkommens sowie der Beschleunigung der Klimakrise nicht angemessen. In der bisherigen „Vision“ sollen nur etwa die Hälfte der Wärme aus Geothermie, der Rest [zum großen Teil aus erneuerbarem Gas erzeugt werden](#)ⁱⁱⁱ. Die SWM müssen spätestens 2020 ein detailliertes Konzept für die Bereitstellung der Fernwärme aus erneuerbaren Energien vorlegen. Die Umstellung muss bis spätestens 2035, besser noch 2030, erfolgt sein.

Zur Diskussion um die Abschaltung des Kohlekraftwerks treffen wir einige Klarstellungen:

1) Die zu erwartende Einstufung des HKW Nord 2 als „systemrelevant“ für die Stromversorgung durch die Bundesnetzagentur ist – anders als von den Stadtwerken München suggeriert – kein Hinderungsgrund für eine weitgehende Außerbetriebnahme des Kraftwerks mit fast vollständiger Vermeidung der CO₂-Emissionen. Die gesetzlichen Bestimmungen erlauben es, das Kohlekraftwerk lediglich als Netzreserve betriebsbereit zu halten. Die dadurch entstehenden Kosten werden den Stadtwerken von der Bundesnetzagentur erstattet. Das Kohlekraftwerk würde in dieser Situation, wenn überhaupt, nur wenige Stunden bis Tage im Jahr bei Stromengpässen in Süddeutschland betrieben. Ist dies aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen notwendig, ist eine weitestgehende Umsetzung des Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“ dennoch möglich, denn der Kohleeinsatz und die entstehenden Emissionen können auf ein Minimum reduziert werden.

2) Die Preise für CO₂-Emissionszertifikate haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre verfünffacht und liegen [aktuell bei über 25 Euro pro Tonne CO₂](#)^{iv}. Schon jetzt ist deshalb die reine Stromproduktion, ohne Wärmeauskopplung, aus Steinkohlekraftwerken unrentabel und hat sich deutschlandweit massiv reduziert. Auch die Stadtwerke München haben im Jahr 2018 [lediglich 580.000 Tonnen Steinkohle](#)^v statt ursprünglich 800.000 Tonnen verbrannt.

3) Die Stadtwerke München haben versucht, den Eindruck zu erwecken, dass Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace einen Betrieb des HKW Nord 2 über 2025 hinaus empfehlen. Greenpeace hat sich ausdrücklich gegen diese Aussage verwahrt und [klargestellt, dass die Organisation die Umsetzung des Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“ befürwortet](#)^{vi}.

4) Neben den negativen Folgen für die Bevölkerung verursacht jede emittierte Tonne CO₂ nach den [Angaben des Umweltbundesamts](#)^{vii} gesellschaftliche Kosten in Höhe von rund 180 Euro. Auch auf die Münchnerinnen und Münchner kommen enorme Ausgaben im Bereich städtischer Klimawandelanpassung, Behebung von klimabedingten Schäden sowie erhöhten Gesundheitskosten zu. Diese gilt es, durch ambitionierten Klimaschutz so weit wie möglich zu vermeiden.

ⁱ <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/co2bilanz-grossstadt-klimasuender-12272.html>

ⁱⁱ <https://www.swm.de/privatkunden/unternehmen/engagement/qualitaet-umweltschutz/emissionen.html>

ⁱⁱⁱ <https://www.swm.de/privatkunden/unternehmen/energie/vision-fernwaerme.html>

^{iv} <https://www.eex.com/de/marktdaten/umweltprodukte/spotmarkt/european-emission-allowances>

^v <https://www.swm.de/privatkunden/unternehmen/engagement/qualitaet-umweltschutz/emissionen.html>

^{vi} <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/kraftwerk-greenpeace-ist-gegen-laengere-kohle-laufzeit-1.4449593>

^{vii} <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz>